



Stadt Karlsruhe

Zentraler Juristischer Dienst
Natur- und Bodenschutzbehörde

2.V.

Wsa 5/11



Karlsruhe

Stadt Karlsruhe, 76124 Karlsruhe
Zentraler Juristischer Dienst

Rathaus, Marktplatz

Regierungspräsidium Karlsruhe
Referat 24 - Planfeststellung, Recht
z.Hd. Frau Pellinghoff
76247 Karlsruhe

Sachbearbeitung:
Herr Bantz
Zimmer: C 213

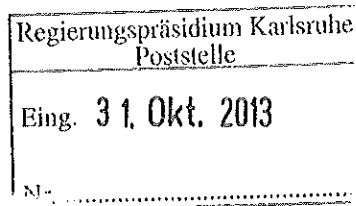
Telefon (Durchwahl):
0721 133-3041
Telefon (Zentrale):
0721 133-0
Fax 0721 133-3009
E-Mail:
zjd@karlsruhe.de

Unser Zeichen:
364.521.0011

Kernarbeitszeit:
8:30 bis 12 Uhr
14 bis 15:30 Uhr

Sie erreichen uns
mit allen Stadtbahn-
und Straßenbahn-
linien außer S 3
Haltestelle
Marktplatz

30.10.2013



**Planfeststellungsverfahren nach §§ 17 ff. FStrG i.V.m. §§ 72 ff. LVwVfG
für den Bau einer zweiten Rheinbrücke zw. Karlsruhe und Wörth**

hier: Ergänzter Fachbeitrag Artenschutz

Ihr Schreiben vom 31.07.2013, Az. 24a4-0513.2 (B10/18)

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Pellinghoff,

Liebe Kolleginnen u. Kollegen,

zu dem ergänzten Fachbeitrag Artenschutz nehmen wir als untere Naturschutzbe-
hörde wie folgt Stellung:

A. Ergänzende tierartenspezifische Fachgutachten (Anlagen A - C)

Die nachgereichten fachgutachterlichen Stellungnahmen zu den Holz bewohnen-
den Käferarten, der Zierlichen Tellerschnecke und der Haselmaus sind nach Auffas-
sung unserer Naturschutzfachkräfte ausreichend und in ihren Aussagen nachvoll-
ziehbar.

Zum Gutachten Anlage A "Holz bewohnende Käfer" ist aus naturschutzrechtlicher
Sicht anzumerken, dass der Gutachter kurz den Hirschkäfer (*Lucanus cervus*) the-
matisiert. Er verneint zu Recht die unmittelbare artenschutzrechtliche Relevanz als
Art des Anhangs II der FFH-Richtlinie bei Vorkommen außerhalb eines FFH-Gebiets
und verweist darauf, der Hirschkäfer wäre im Zweifelsfall nur vor dem Hintergrund
des Umweltschadensgesetzes von Relevanz. Im Weiteren wird der Hirschkäfer al-
lerdings nicht mehr behandelt. Auch in den Unterlagen zum LBP finden sich - so-
weit für uns ersichtlich - keine Aussagen zu dieser Art. Ob ein Artvorkommen ge-
geben ist, sollte redaktionell klargestellt werden.

Aus unserer Sicht wäre bei einem positiven Vorkommen der Art auch die Betrach-
tung in Bezug auf das Umweltschadensgesetz bereits in der Planung vorzunehmen.

Die gesetzliche Haftungsfreistellung des § 19 Abs. 1 S. 2 BNatSchG für Beeinträchtigungen im Rahmen ansonsten zulässiger Eingriffe nach § 15 BNatSchG, greift nämlich nur, wenn die nachteiligen Auswirkungen zuvor in einem Verfahren ermittelt wurden. Für einen wirksamen Haftungsausschluss sind für die konkreten Arten die möglichen Auswirkungen und die erforderlichen Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen zu ermitteln und in der Verwaltungsentscheidung festzusetzen (vgl. *Schuhmacher/Fischer-Hüftle*, BNatSchG-Kommentar, 2. Auflage, Rdnr. 40ff. m.w.N.).

B. Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung - Fachbeitrag Artenschutz nach §§ 44 und 45 BNatSchG - überarbeitet (Anlage D)

Als untere Naturschutzbehörde ist die Stadt Karlsruhe zuständig für die Verbotsprüfung nach § 44 BNatSchG, inkl. der Prüfung der Wirksamkeit zugehöriger Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen (*continuous ecological functionality-measures* = vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen). Soweit Verbotstatbestände erfüllt werden, ist für eine Verwirklichung des Vorhabens eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG durch die höhere Naturschutzbehörde notwendig (Zuständigkeit aufgrund der Betroffenheit streng geschützter Arten).

I. Allgemeine Anmerkungen zur Ausnahmeprüfung

Ausweislich des nachgebesserten Konzepts wird die Erforderlichkeit einer artenschutzrechtlichen Ausnahme für folgende Tierarten gesehen:

- Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie: Mauereidechse, Schlingnatter, Zauneidechse, Kammmolch, Kleiner Wasserfrosch, Knoblauchkröte, Laubfrosch, Springfrosch und
- europäische Vogelarten nach Art. 1 Vogelschutzrichtlinie: Fitis, Kuckuck, Pirol, Wendehals

Erstmalig wird damit die Erforderlichkeit einer Ausnahme für die folgenden Arten gesehen: Mauereidechse, Laubfrosch, Springfrosch, Kleiner Wasserfrosch

Eine Ausnahmeprüfung wird hingegen nicht mehr für erforderlich gehalten für: Haselmaus, Zierliche Tellerschnecke, Gruppe der ungefährdeten Brutvögel mit Waldbindung und Neuntöter

Wir können diese geänderte Einschätzung, mit Ausnahme der Beurteilung für den Neuntöter, nachvollziehen.

Aufgrund weiterer Defiziten bei den Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen würde sich augenblicklich aber auch bei weiteren Arten nach unserer Einschätzung die Frage der Erforderlichkeit einer Ausnahme stellen, soweit das Maßnahmenkonzept nicht nachgebessert wird (siehe hierzu jeweils nähere Ausführungen bei der artspezifischen Betrachtung im weiteren Text).

Wir möchten als untere Naturschutzbehörde aber allgemein - ausdrücklich vorbehaltenlich der Äußerung der zuständigen höheren Naturschutzbehörde - darauf hinweisen, dass die Ausführungen aus unserer Sicht weiterhin nicht vollständig überzeugend sind. Die in der Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde vom 30.06.2011 bereits dargelegten Kritikpunkte erscheinen uns in diesem Zusammen-

hang noch nicht aus dem Weg geräumt. Aus unserer Sicht betrifft dies in erster Linie die **"Alternativenprüfung"**, insbesondere folgende Aspekte:

- Die Umweltverträglichkeitsstudie Modus Consult 2005) sieht die Variante II (D2) - Parallelbrücke (mit Ausnahme des Schutzguts Mensch-Wohnen) als die bei weitem umweltverträglichste Lösung an. Diese wird unter anderem mit der Argumentation eines erhöhten technischen, zeitlichen und finanziellen Aufwands ausgeschieden, ohne diesen Mehraufwand hinreichend zu quantifizieren und Vor- und Nachteile argumentativ hinreichend aufbereitet gegenüberzustellen (S. 166). Die "angebliche" Abwägung, die zur Zurückstellung der umweltverträglichsten Variante und zur Bevorzugung der Nordvariante führte, kann insofern mangels Bewertungsmaßstäben nicht nachvollzogen werden.
- Hauptziel ist die Schaffung einer leistungsfähigen und zukunftsicheren Rheinquerung, ausweislich S. 166 auch die Bereitstellung eines "Bypasses" für die bevorstehende Sanierung der Bestandsbrücke. Sowohl die Parallelbrücke als auch weitere nicht betrachtete Alternativen wie die **"Ersatzbrücke"** sollten auf ihre Geeignetheit zur Zielerfüllung und Zumutbarkeit untersucht werden. Es entspricht gesicherter Rechtsprechung, dass im Artenschutzrecht für eine aus naturschutzfachlicher Perspektive günstigere Alternative auch Abstriche am Zielerfüllungsgrad hinzunehmen sind. Dies findet seine Grenzen dann, wenn sich die ursprünglichen Ziele durch die Alternative nicht mehr erreicht werden können und das Vorhaben auf ein anderes Projekt hinausläuft (vgl. u.a. BVerwG Urt. v. 12.03.2008, 9A 3/06 Hessisch Lichtenau, Rn. 170). Um dies sicher beurteilen zu können, drängt sich allerdings unseres Erachtens zwingend eine nähere Betrachtung auch des Vorschlags "Ersatzbrücke" auf. Nur dann liegt ein belastbarer Variantenvergleich vor, der auch den naturschutz-/artenschutzrechtlichen Anforderungen genügt.

Im Übrigen sehen wir das artenschutzrechtliche Kompensationskonzept bzgl. der FCS-Maßnahmen (*favourable conservation status*, kompensatorische Maßnahmen für Arten, die einer artenschutzrechtlichen Ausnahme bedürfen, siehe Kap. 4.3. S. 14) weiterhin aus naturschutz**fachlicher** Sicht als unzureichend, aus naturschutz**rechtlicher** Sicht zumindest als rechtlich problematisch an. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, die sich außerhalb Karlsruhes bewegen, entfalten keine positive Rückwirkung auf die Populationen im Eingriffsraum (betroffene Arten vgl. Tabelle 13). Dies betrifft insbesondere die Maßnahmen A1 Entsiegelung in Huttenheim, A 5 Altholzentwicklung in Huttenheim, E1 Entwicklung Waldflächen in Eggenstein, E4 Entbuschung in Huttenheim und E5 Altholzentwicklung in Huttenheim. Ein solcher Bezug zur Lebensstätte oder zur lokalen Population ist im Rahmen der Ausnahme rechtlich nicht zwingend notwendig (BVerwG B. v. 1.4.2009 - 4 B 62.08, zit. nach Schuhmacher/Fischer/Hüftle, BNatSchG-Kommentar, § 45 Rdnr. 50). Da allerdings - wie mehrfach seitens der Stadt Karlsruhe ausgeführt - immer noch ein Potential für Kompensationsmaßnahmen vor Ort (im Bereich Knielingen) besteht, sollte dieses vorrangig ausgeschöpft werden. In diesem Zusammenhang überschneiden sich ggf. Effekte von Maßnahmen die sowohl Wirkung als CEF- als auch als FCS-Maßnahmen entfalten können.

II. Verbotsprüfung / Wirksamkeit von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen

Eine inhaltliche Änderung findet vor allem durch Ergänzung des Kompensationskonzeptes statt. Bei Maßnahme A3 werden Steinstrukturen angelegt und bei den

Maßnahmen A5, A9 und E5 Nistkästen für Vögel sowie Fledermauskästen installiert. Ferner soll bei S5 ein neues Mahdregime Konflikte mit dem Teichhuhn und die Eiablage des Nachtkerzenschwärmers verhindern.

In der Vorbemerkung wird zudem auf die geänderte Beurteilung des Tötungstatbestands gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG in Folge des sog. "Freiberg-Urteils" (BVerwG-Urteil vom 14.07.2011 - 9 a 12.10 - Ortsumgehung Freiberg) und den daraus resultierenden Änderungsbedarf abgestellt. Nach der zitierten Schrifttummeinung (Gellermann NuR 2012, 34ff.) ergibt sich aus dem Urteil, dass Vermeidungsmaßnahmen, wie z.B. das Abfangen und Umsiedeln von Amphibien oder Reptilien, keine Freistellung von den Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 5 S. 2 BNatSchG bewirken, da selbst bei sorgfältigster Durchführung nie mit Sicherheit alle Exemplare gefangen werden können und damit stets das individuenbezogene Tötungsverbot greift. Dies wird durch den Erlass des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg vom 10.05.2012 (Az. 62-8850.52) insoweit relativiert, als nach dortiger Einschätzung ein fundiertes und sorgfältiges Vermeidungskonzept den Eintritt des Tötungstatbestands verhindern könne. Nach Auffassung des Ministeriums sei maßgeblich, dass das Restrisiko von Tötungen trotz Vermeidungsmaßnahmen nicht "signifikant" erhöht sei (i.S.d. vom BVerwG entwickelten "Signifikanzschwelle" Urt. v. 09.07.2008, Az. 9 A 14/07).

Es ergibt sich daraus unseres Erachtens mindestens die Notwendigkeit einer strengen Betrachtung und Beurteilung von Vermeidungsmaßnahmen, um der Individuenbezogenheit des Tötungsverbots Rechnung zu tragen. Ob die dargestellten Vermeidungskonzepte diesen Erfolgsgrad aufweisen ist tatsächlich an einigen Stellen fraglich. Die gutachterliche Einschätzung, dass entsprechende "signifikante" Individuenverluste (bei Mauereidechse, Springfrosch etc.), zu erwarten sind und damit der Tatbestand erfüllt wird, ist letztlich folgerichtig.

Es verbleiben nach Einschätzung unserer Naturschutzfachkräfte auch im überarbeiteten Maßnahmenkonzept noch deutliche Defizite und ein nachhaltiger Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf:

1. Grundsätzliche Anmerkungen

Für zahlreiche Arten müssen vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) etabliert werden. Korrekterweise wird in den Maßnahmenblättern darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen vor Baubeginn, präziser vor Eingriff in die zu ersetzenden Habitatstrukturen, funktionsfähig sein müssen. Es fehlt in diesem Zusammenhang aber in vielen Fällen weiterhin an einer klaren Darstellung der zeitlichen Steuerung der Maßnahmen, mit der ihre rechtzeitige Wirksamkeit sichergestellt werden soll.

2. Artenspezifische Anmerkungen

a) Arten, die einer artenschutzrechtlichen Ausnahme bedürfen

- Reptilien (Mauereidechse, Zauneidechse, Schlingnatter)

Beurteilung der Verbotstatbestände:

Der Prognose und Bewertung der Verbotstatbestände wird grundsätzlich zugestimmt. Die vorgesehenen Vermeidungs-, CEF- und kompensatorischen Maßnah-

men weisen im Einzelfall Defizite auf (s.u.). Flächenangaben, die einen Bezug zwischen der Anzahl der beeinträchtigten Eidechsenindividuen und der Größe (bzw. Qualität) der Kompensationsfläche ermöglichen, werden vom Gutachter nicht angegeben, was die Bewertung erschwert.

Maßnahme S2: Der Einbau stationärer Amphibienabweiser im Umfeld bekannter Laichgewässer ist zum Schutz von Reptilien nicht geeignet. Die Schutzzäune für Reptilien sind mit dem Ziel der Eingriffsminimierung bzgl. der Eidechsen speziell nahe ihrer Lebensstätten aufzustellen, also insbesondere auch nahe der Bahnlinien und Dämme.

Maßnahme S3: Die Maßnahme ist missverständlich formuliert. Es muss aus unserer Sicht Ziel sein, die Eidechsen in ihrer Aktivitätsphase März/April vor der Reproduktionsphase zu vergrämen bzw. abzufangen.

Maßnahme V1: Die Formulierung lässt die Möglichkeit offen, dort, wo ein Verzicht auf parallel zur Trasse verlaufende Baustelleneinrichtungsflächen und Baustreifen auch in Eidechsenlebensräumen nicht möglich ist, in die Lebensstätten einzugreifen. Der letztendliche Flächenzugriff sollte klar benannt werden, da davon auch der Umfang von Ausgleichsmaßnahmen abhängig ist.

Maßnahme A1: Die Erhaltung der Böschung der bestehenden Anbindung der B10alt an die Raffineriestraße wurde schon mehrfach in Stellungnahmen angesprochen. Die Böschung sollte unter den Gesichtspunkten Bodenschutz und Landschaftsbild rückgebaut werden. Soweit auf einen Erhalt als Habitat für die Zauneidechse (also eine Vermeidungsmaßnahme) abgestellt wird, geht dies hier fehl. Die Fundpunkte der Zauneidechse befinden sich nach Auswertung unserer Fachkräfte nicht auf diesen Böschungen, sondern auf ohnehin umzugestaltenden Trassenabschnitten (Anhang 3 zum LBP, tierökolog. Gutachten für Reptilien u.a., S. 6, Abb. 2). Da die Zauneidechse ohnehin von hier vergrämt/abgefangen werden müsste, kann dies auch in ein anderweitig angelegtes Habitat geschehen.

Maßnahme A2: Lesesteinhaufen sind für Mauereidechsen und Schlingnattern geeignete Strukturen. Für Zauneidechsen sind sie bedingt geeignet. Allerdings handelt es sich naturraumfremde Elemente. Nahe der Hochwasserdämme plädieren wir stattdessen für den Verbau von Wasserbausteinen, nahe der Bahnlinien ist der Einsatz von Gleisschotter angemessen. Vorausgesetzt werden muss, dass keine hochwertigen Biotopstrukturen zerstört und es an diesen Stellen Aufwertungspotential gibt.

Maßnahme A3: Gemäß Kartierung ist auf dem Grundstück östlich der ehemaligen MiRO-Erweiterungsfläche ein Zaun- und ein Mauereidechsenbestand nachgewiesen, wobei die seltenere Zauneidechse auf diesem Grundstück die typischere Habitatqualität findet. Wir bezweifeln, dass es sinnvoll ist, dieses Grundstück zu Lasten der Zauneidechse für Mauereidechsen und Schlingnatter aufzuwerten und empfehlen für die letztgenannten Arten eine weitere Kompensationsfläche nahe der Bahngleise.

Maßnahme G1 Maßnahme G1 (Bepflanzung der Straßenböschungen etc.) ist eine multifunktionale Maßnahme, deren Wirkung für Mauereidechsen und Schlingnat-

ter nicht förderlich ist (z.B. fördern Ansaaten und Anpflanzungen die Arten nicht, da die Arten offene, sonnenwarme und eher vegetationsarme Standorte bevorzugen).

- Amphibien (Kleiner Wasserfrosch, Knoblauchkröte, Kammolch, Springfrosch, Laubfrosch)

Maßnahme V5: Der Verzicht auf die Direkteinleitung von anfallendem Oberflächenwasser in Oberflächengewässer ist unseres Erachtens keine artenschutzspezifische Vermeidungsmaßnahme, sondern entspricht den "Technischen Regeln zur Ableitung und Behandlung von Straßenoberflächenwasser".

Maßnahme A4: Die für Maßnahme A4 vorgesehenen Flächen im Bereich der Raffinierenerweiterungsfläche stehen nur noch in einem geringeren Umfang als geplant für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung, da hier zwischenzeitlich bereits andere Maßnahmen durchgeführt wurden (Die genauen Daten hierzu können über den Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe, Markgrafenstr. 14, 76131 Karlsruhe bezogen werden). Es dürfte daher problematisch sein, anzunehmen, die Fläche könnte quantitativ noch die ihr zugedachte Ausgleichsfunktionen für die Arten vollumfänglich erfüllen.

Maßnahme A8: Die Umgestaltung der Alb ist nicht wie im vorgesehenen Umfang möglich. Eine naturnahe Umgestaltung wird nach aktueller Planung nur innerhalb der bestehenden Hochwasserdämme möglich sein, da ansonsten großflächig landwirtschaftliche Flächen verloren gehen und eine Neuerrichtung von Dämmen mit breiterer Aufstandsfläche zulasten des Bodenschutzes ginge. Das aktuell geänderte Umgestaltungskonzept (Anlage eines Altarms wegen zu engen Querschnittes nicht möglich) wird für den Kl. Wasserfrosch, Springfrosch und Laubfrosch wegen des Fehlens der Stillwasserzonen nicht geeignet sein, so dass eine neue Kompensationsmaßnahme konzipiert werden muss (Aktuelle Daten zur geänderten Planung können über den Umwelt- und Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe, Markgrafenstr. 14, 76131 Karlsruhe oder das Tiefbauamt, Lammstr. 7, 76133 Karlsruhe bezogen werden).

Maßnahme G3: Die Maßnahme wird als zu kleinflächig eingestuft. Die Isolierung der beiden Populationen durch den Einbau von Amphibiensperren und den Neubau des Straßenbauwerkes ohne Durchlass wirkt sich hier gravierend aus.

Maßnahmen E2 und E3 sind grundsätzlich geeignet, liegen aber außerhalb des Wirkraums für die lokale Population (vgl. hierzu allgemeine Ausführungen zur Ausnahmeprüfung und zur Optimierung des Kompensationskonzepts).

- Vögel (Kuckuck, Pirol, Wendehals, Fitis)

Maßnahme A8: Die Umgestaltung der Alb ist wie beschrieben nicht möglich (s.o. Amphibien). Für den Kuckuck wird das geänderte Umgestaltungskonzept ebenfalls nur eingeschränkt geeignet sein, so dass eine ergänzende Kompensationsmaßnahme konzipiert werden muss.

Maßnahme A5: Durch das Anbringen und Warten von Vogelnistkästen in der ehemaligen MiRO-Erweiterungsfläche sowie der Alb werden dem Wendehals Nistmöglichkeiten angeboten. Da diese in flächenmäßig stark dezimierten und vor allem

teilweise komplett isolierten Lebensräumen angebracht werden sollen, wird deren positive Wirkung für den Wendehals in Frage gestellt.

Die Maßnahmen A1 Entsiegelung in Huttenheim, E1 Waldentwicklung in Eggenstein, E4 und E5 Entbuschung und Altholzsisicherung in Huttenheim liegen außerhalb der lokalen Population (vgl. hierzu allgemeine Ausführungen zur Ausnahmeprüfung und zur Optimierung des Kompensationskonzepts). Sie sind aus naturschutzfachlicher Sicht nicht zur Kompensation der lokalen Population (z.B. durch den erheblichen Eingriff von 40 % Verlust der besiedelbaren Fläche für den Pirol) geeignet.

b) Arten, für die keine Erfüllung von Verbotstatbeständen angenommen wird

Für diese Arten kommt der Gutachter zu dem Ergebnis, dass keine Verbotstatbestände erfüllt werden und kein Ausnahmeverfahren der höheren Naturschutzbehörde erforderlich wird, dennoch wird eine derartige Prüfung vorsorglich in der Unterlage vorgenommen. (Hinweis: Teilweise stimmen die Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Bewertungsbögen redaktionell nicht mit den Ergänzungen im Fachbeitrag Artenschutz überein).

- Amphibien (Kreuzkröte, Wechselkröte)

keine Anmerkungen

- Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling

Beurteilung der Verbotstatbestände:

Die Ausführungen zum Tötungsverbot erscheinen uns nicht schlüssig. Es wird ausgeführt, dass ein bereits beeinträchtigter Wanderkorridor zusätzlich so verschlechtert wird, dass er kaum noch überwindbar wird (S. 73). Dies weist tendenziell darauf hin, dass das Tötungsrisiko im Wanderkorridor für die Art signifikant erhöht wird. Tötungen werden als "möglich", unter Umständen sogar "wahrscheinlich" angegeben. Die Tatbestandsmäßigkeit nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird dennoch verneint, im Text allerdings damit begründet, dass durch einzelne Tötungen (bei optimiertem Mahdregime) keine Verschlechterung der lokalen Population zu erwarten ist. Das Tötungsverbot setzt aber nicht erst die Verschlechterung der lokalen Population (wie beim Störungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) voraus, sondern verlangt nur die deutliche Steigerung des individuellen Tötungsrisikos (BVerwG Urt. vom 9.7.2008, 9 A 14/07, Bad Oeynhausen).

Das Ändern des Mahdregimes (Maßnahme A7) ist eher als dauerhafte Stützungsmaßnahme des bisherigen Bestandes, denn als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme für den Lebensraumverlust anzusehen, denn in den Wiesenbestand wird ausweislich der Unterlage nicht eingegriffen. Wir gehen davon aus, dass dies hier so gemeint ist, dass die Habitatstruktur so verbessert wird, dass sie trotz Beeinträchtigung des Wanderungskorridors ihre Funktionalität für die Art wahren kann.

- Nachtkerzenschwärmer

Maßnahme S5: Die Maßnahme ist ungenau beschrieben und nicht geeignet, die Beeinträchtigung einer potentiellen Population des Nachtkerzenschwärmers zu verhindern. Die Maßnahme ist dahingehend zu konkretisieren, dass eine punktuelle Mahd des Albufers bis Mitte Mai vor der möglichen Eiablage erfolgen muss. Bei ei-

ner späteren Mahd kann die Zerstörung einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass ausreichend große Weidenröschenbestände im Umfeld vorhanden sind.

Maßnahme A8: Eine alleinige Gewässerrenaturierung ist keine geeignete CEF-Maßnahme für den Verlust einer möglichen Nachtkerzenschwärmer-Lebensstätte. Es ist darüber hinaus sicherzustellen, dass Bestände mit Zottigem Weidenröschen in dem Renaturierungsabschnitt vorkommen.

- Grüne Keiljungfer

keine Anmerkungen

- Fledermäuse (Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler, Rauhautfledermaus, Wasserfledermaus, Zwergfledermaus)

Beurteilung der Verbotstatbestände

Bei den genannten Arten werden anlage- oder baubedingte Quartierverluste in potenziellen Höhlenquartieren nicht ausgeschlossen. Bloß potentielle Lebensstätten unterfallen zwar nicht dem Verbotstatbestand, dies gilt jedoch nur wenn tatsächlich kartiert wurde (BVerwG Urt. 12.03.2008, 9 A 3.06, Rdnr. 222). Bei der Fledermausuntersuchung erharteten sich keine Hinweise für eine Quartiernutzung, allerdings fand nur eine Untersuchung in einem sehr eingeschränkten Umfang statt. Laut Gutachter ist eine dauerhafte Quartiernutzung unwahrscheinlich, die sporadische Nutzung aber möglich. Der mögliche Quartierverlust soll durch das vorgezogene Aufhängen von Fledermauskästen ausgeglichen werden. Tötungen sollen hingegen durch eine Baufeldfreimachung im Winterhalbjahr vermieden werden (Maßnahme V2). Aus unserer Sicht wäre dies bei Beachtung des Tötungsverbots nicht ausreichend. Die potentiellen Höhlenbäume müssten vorsorglich vor Fällung auch gezielt auf vorhandene Tiere untersucht werden.

Maßnahmen A 3, A4, A8: Die Maßnahmen fördern allgemein die Lebensraumqualität der Breitflügelfledermaus, sind aber nicht spezifisch geeignet, Beeinträchtigungen der Lebensstätten zu kompensieren.

Maßnahme A4: Da für Maßnahme A4 die vorgesehenen Flächen nur noch in geringem Umfang als Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung steht, ist auch zu prüfen, ob die Annahme, dass u.a. durch diese Maßnahme keine Verbotstatbestände für die Wasserfledermaus ausgelöst werden, noch tragfähig ist.

Maßnahmen A5: Die Wirksamkeit der CEF-Komponente der Maßnahme (Anbringen von Fledermauskästen) ist mit Unsicherheit behaftet, da aus fachlicher Sicht eine derartige Habitatverbesserung regelmäßig nur in Verbindung mit dem parallelen Nutzungsverzicht bereits alter Gehölze erfolgreich ist. Im Gebiet der sogenannten MiRO-Erweiterungsfläche sind allerdings keine bedeutenden Althölzer vorhanden. Unseres Erachtens muss hierfür mindestens hinsichtlich eines Monitoring- und Risikomanagements nachgebessert werden.

Maßnahme A8: Die Umgestaltung der Alb ist wie beschrieben nicht möglich (s.o.). Für die Wasserfledermaus wird das geänderte Umgestaltungskonzept eingeschränkt geeignet sein, so dass eine ergänzende Kompensationsmaßnahme konzipiert werden muss

Maßnahme E2 und E3 (für Breitflügel- und Wasserfledermaus): Auch für Arten mit großem Aktionsradius sind Kompensationsmaßnahmen in 6 - 7 km Luftlinie, d.h. ohne Berücksichtigung geeigneter Leitstrukturen, aber mit großen Barrieren (Raffinerie) nicht geeignet.

Maßnahme G1: Die Vermeidung betriebsbedingter Kollisionen soll durch Überflughilfen gewährleistet werden, bei denen große Baumschulware ein schnelles Aufwachsen ermöglichen. Wir vermissen hier Aussagen über den avisierten Zeitraum und die Kontrolle.

- Biber

Die Einschätzung, dass keine Verbotstatbestände erfüllt werden, wird geteilt. Nicht zugestimmt wird allerdings der (in der vorsorglichen Ausnahmeprüfung dargestellten) Einschätzung der zusätzlichen Verbesserung der Lebensraumqualität, u.a. da die CEF-Maßnahme A8 (Umgestaltung der Alb) nicht in der ursprünglich gedachten Form durchgeführt werden kann.

- Vögel:

Auch auf die europäischen Vogelarten wirken sich diverse bereits dargestellte Einschränkungen und Defizite bei den CEF-Maßnahmen auf die Betrachtung aus. Es sind dies:

Maßnahme A4: Die für Maßnahme A4 vorgesehenen Flächen stehen nur noch in geringem Umfang als vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung (s.o.). Es ist zu prüfen, inwieweit weitere Maßnahmen neu konzipiert werden müssen. Dies betrifft folgende Vogelarten:

- Gruppe der ungefährdeten Brutvögel mit Gewässerbindung
- Grauschnäpper, Sumpfrohrsänger, Teichhuhn, Zwergtaucher

Maßnahme A8: Die Umgestaltung der Alb ist wie beschrieben nicht möglich (s.o.) Für zahlreiche Vogelarten wird das geänderte Umgestaltungskonzept nur noch eingeschränkt als CEF-Maßnahme geeignet sein, so dass ggf. eine ergänzende Kompensationsmaßnahme konzipiert werden muss. Dies betrifft folgende Vogelarten:

- Gruppe der ungefährdeten Brutvögel mit Gewässerbindung
- Gruppe der ungefährdeten Brutvögel der Hecken- und Streuobstwiesen
- Dorngrasmücke, Gelbspötter, Goldammer, Klappergrasmücke, Grauschnäpper, Neuntöter, Sumpfrohrsänger, Teichhuhn, Zwergtaucher

Maßnahme E1, E2 und E3: Maßnahmen außerhalb oder am Rande der lokalen Population sind hier kritisch zu betrachten. Auch für Arten mit großem Aktionsradius sind Kompensationsmaßnahmen in 6 - 7 km Luftlinie, d.h. ohne Berücksichtigung geeigneter Leitstrukturen nur bedingt geeignet. Es betrifft dies die Arten:

- Gruppe der ungefährdeten Brutvögel mit Gewässerbindung
- Gruppe der ungefährdeten Brutvögel der Hecken- und Streuobstwiesen
- Dorngrasmücke, Goldammer, Grauschnäpper, Klappergrasmücke, Neuntöter, Sumpfrohrsänger, Teichhuhn, Zwergtaucher

Maßnahme A9: Durch das Aufhängen von Halbhöhlen- und Nischenbrüter-Kästen ist geplant, die Beeinträchtigung des Grauschnäppers zu reduzieren. Wir halten das Anbringen dieser Nisthilfen im Bereich der alten Albschlute für nur bedingt geeignet, da das Gebiet sehr isoliert liegt.

Maßnahme V5: Der Verzicht auf die Direkteinleitung von anfallendem Oberflächenwasser in Oberflächengewässer ist keine artenschutzspezifische Vermeidungsmaßnahme, sondern entspricht den "Technischen Regeln zur Ableitung und Behandlung von Straßenoberflächenwasser". Es betrifft die Vogelarten: Teichhuhn und Zwergtaucher

Weitere Anmerkungen zu einzelnen Arten:

- Mäusebussard

Der Prognose und Bewertung des Störungstatbestandes (§ 44 Abs. Nr. 2 BNatSchG) stimmen wir zu, obwohl die geplante Straßentrasse sehr nahe an ein Revier rückt und unmittelbar durch ein Revier führen wird. Die Begründung des Vorhabenträgers - positiver langfristiger Bestandstrend - ist nachvollziehbar.

- Neuntöter

Die Prognose und Bewertung der Tatbestände der Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) und Zerstörung von Habitaten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) sehen wir kritisch. Wie auch im Artenschutzbeitrag geschrieben wird, gehört der Neuntöter zu den störepfindlichen Arten. Das einzige (nachgewiesene) Revier im Untersuchungsraum wird unmittelbar durch die Trasse überbaut. Das Gutachten geht davon aus, dass nur baubedingt eine Störung eintritt und das Habitat an sich erhalten bleibt aufgrund, der Möglichkeit, das Revierzentrum nach Norden zu verschieben. Dies ist aus unserer fachlicher Sicht unrealistisch, da der zwischen Raffinerie und neuer Straße verbleibende Streifen zu schmal und Lärm belastet sein wird. Die Eignung der Kompensationsmaßnahmen an der Alb und in Eggenstein ist nicht in dem Maße wie für die Beurteilung zugrunde gelegt realistisch (s.o.).

- Teichhuhn

Maßnahme S5: Die Maßnahme ist zu ungenau beschrieben und nicht geeignet, die Beeinträchtigung einer potentiellen Population des Teichhuhns zu verhindern. Die Maßnahme ist dahingehend zu konkretisieren, dass eine punktuelle Mahd des Albufers bis Anfang März vor der möglichen Eiablage erfolgen muss. Bei einer späteren Mahd kann die Zerstörung einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass ausreichend große Plätze für einen potentiellen Brutplatz außerhalb des Vorhabens vorhanden sind.

C. Fazit

Zusammenfassend ist als Ergebnis der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung festzuhalten, dass das Konzept aus Vermeidungs-, vorgezogenen Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen zwar punktuell verbessert wurde, aber aus fachlicher Sicht weiterhin noch deutliche Defizite bzw. Unsicherheiten bezüglich der Wirksamkeit aufweist. Diese im vorangegangenen Text näher ausgeführten Schwächen müssen aus unserer Sicht entweder durch Optimierungen bestehender oder Etablierung ergänzender Maßnahmen beseitigt werden. Wir halten es für sinnvoll, dass

sich die Gutachter zur Erarbeitung und Abstimmung dieser Maßnahmen mit der Fachdienststelle Umwelt- und Arbeitsschutz in Verbindung setzen. Soweit die Defizite nicht ausgeräumt werden können, müsste zur Verwirklichung des Vorhabens ggf. für diese betroffenen Arten zusätzlich eine Ausnahme erteilt werden, deren Voraussetzungen wir aber aus den o. g. Gesichtspunkten für derzeit als nicht gegeben ansehen.

Hinsichtlich der Arten für die ohnehin schon jetzt eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich ist, ist die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Karlsruhe gegeben. Wir sprechen uns aus fachlichen Gründen dafür aus, die im Rahmen einer Ausnahme festzulegenden Kompensationsmaßnahmen "eingriffsnäher" zu gestalten, da insbesondere in Knielingen von den städtischen Naturschutzfachkräften noch Potential für Maßnahmen gesehen wird.

Unseres Erachtens dürfte entscheidender Kernpunkt der Frage der artenschutzrechtlichen Zulässigkeitsprüfung allerdings die sachgerechte Alternativenprüfung darstellen, die derzeit noch nicht gegeben ist (s. o.).

Unbeschadet dieser Ausführungen der unteren Naturschutzbehörde möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass die Einwendungen der Stadt Karlsruhe im Schriftsatz vom 03.06.2011 auf der Grundlage des Gemeinderatsbeschlusses vom 24.05.2011 nach wie vor in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben. Dies betrifft insbesondere die Frage der Erforderlichkeit der Planung, die fehlende Alternativenprüfung, die fehlerhafte Abschnittsbildung, den fehlenden verkehrlichen Mehrwert sowie sämtliche mit dem Vorhaben verbundene - nicht gerechtfertigte - Umweltauswirkungen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Hebel', written over a light blue horizontal line.

Hebel